



## **Stellungnahme**

### **Deutscher Kinderschutzbund Landesverband Niedersachsen e.V.**

Anhörung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung zum Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU: „**Einbahnstraße Corona? - Interessen von Kindern und Jugendlichen in und nach der Pandemie stärker berücksichtigen**“

Drucksache 18/9403

**Donnerstag, den 09. September 2021, ab 10.15 Uhr**

Der Kinderschutzbund Landesverband Niedersachsen e.V. bedauert, dass die Belange von Kindern und Jugendlichen erst im zweiten Jahr der Corona-Pandemie und damit spät in das Blickfeld von Politik und Öffentlichkeit gelangt sind. Diesen jetzt betroffenen Fokus bewerten wir als positiv.

Allerdings betonen wir, dass in dieser vierten Welle der Corona-Pandemie ein besonderes Augenmerk auf Kinder und Jugendliche und deren Belange gelegt werden muss. Die aktuellen Inzidenzen zeigen bereits, dass sie zu einer der am meisten infizierten Bevölkerungsgruppe gehören, da es für sie erst seit kurzem bzw. noch gar kein Impfangebot gibt. Medizin und Wissenschaft sprechen nicht umsonst von einer „Welle der Ungeimpften“.

Grundsätzlich haben die Pandemie und die damit einhergehenden Einschränkungen aber nur offengelegt und verstärkt – durch die viel erwähnte sogenannte Brennglaswirkung - was Kinderschützer\*innen schon seit vielen Jahren bekannt und auch immer wieder betont worden ist. Nämlich eine destruktive Wirkung der bestehenden sozialen Ungleichheit und ungleichwertigen Lebensverhältnissen, die in Deutschland bestehen.

Mehrere Studien belegen inzwischen, dass die soziale Ungleichheit durch die Corona-Pandemie noch weiter ansteigen wird. Es wird darin etwa aufgezeigt, dass die Familien- bzw. Kinder- und Jugendarmut und die Bildungsungleichheit noch zunehmen werden (Funcke/Menne 2020) oder dass auch in Deutschland in strukturschwächeren Regionen oder Stadtteilen das Infektionsgeschehen am höchsten ist (Wachtler u.a. 2020).

### **Bewertung im Detail:**

#### Leben mit Einschränkungen:

*Zu Punkt 1:* der Kinderschutzbund Niedersachsen stimmt zu, dass bei Verordnungen zur Eindämmung der Corona-Pandemie die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen im Blick behalten werden müssen – mehr noch: sie müssen eine der wichtigsten Rolle dabei spielen. Es geht dabei nicht nur um die Grundbedürfnisse von jungen Menschen jeglicher Altersgruppe (wie Essen, Trinken, Wärme, Wohnung, Schutz), sondern bei Kindern und Jugendlichen spielen auch Bedürfnisse nach sozialen Beziehungen und Nähe, Bewegung, Spiel und Sport, die Aneignung freier und öffentlicher Räume und gleichen Zukunftschancen



eine übergeordnete Rolle. Dass diese Bedürfnisse erfüllt werden, muss sichergestellt werden.

### Lebenswelt mit Corona

*Zu Punkt 5:* die hier sogenannten primären Präventionsmaßnahmen wie Vorsorge-Untersuchungen (U-Untersuchungen) und Schuleingangsuntersuchungen müssen sichergestellt werden, hier stimmt der Kinderschutzbund Niedersachsen zu. Dieses ist allerdings nur durch eine verbesserte kinderärztliche Versorgung im ländlichen Raum möglich. Die ausreichende Versorgung mit Kinderärzten muss in ländlichen Gebieten sichergestellt werden, um Hürden wie lange Wege und Probleme in der Erreichbarkeit zu überwinden.

### Zukunft nach Corona

Dem Kinderschutzbund Niedersachsen fehlt an dieser Stelle die Forderung nach einer Umgestaltung der Wohnräume und -welten von Familien. Denn die Corona-Pandemie und im speziellen die beiden Lockdowns haben gezeigt, was für Auswirkungen unter anderem beengte Wohnverhältnisse auf die Familien hatten - nicht zuletzt die Zunahme von Häuslicher Gewalt und Kindeswohlgefährdungen insgesamt: die Jugendämter in Deutschland haben im vergangenen Jahr fast 60.600 Kindeswohlgefährdungen gezählt. Das sind 9 Prozent mehr als im Vorjahr und damit ein neuer Höchststand.

Bei der Städteplanung muss eine kinderfreundliche Aufenthaltsqualität im Wohnumfeld realisiert werden, um Familien zu entlasten und zu unterstützen. Heißt konkret: größere Wohnungen, mehr Spielräume für Kinder und Jugendliche in Wohnungsnähe und mehr Grünflächen als möglicher Aufenthaltsort.

Außerdem kritisiert der Kinderschutzbund in diesem Zusammenhang die massenhaften Schulschließungen in Niedersachsen zum Schuljahr 2021/22 ([Zum Schuljahresende werden in Niedersachsen mehr als 20 Schulen geschlossen. \(haz.de\)](#)). Denn gerade, wenn man den Höchststand an Kindeswohlgefährdungen bedenkt, sind die Schulschließungen vor allem im ländlichen Raum kontraproduktiv. Kleine regionale Lerngruppen sind das Gebot der Stunde, um Kindern die Unterstützung zu geben, die sie tatsächlich brauchen und Familien insgesamt zu entlasten.

Die Flächen und die Infrastruktur sind durch die bestehenden Grundschulen vorhanden und diese Räume müssen im Sinne der Kinder und Jugendlichen auch genutzt und nicht geschlossen werden. So wäre ein Umbau der Schulen, zum Beispiel mit größeren Klassenzimmern und einer insgesamt kinderfreundlicheren Schul-Architektur ein positiver Beitrag.

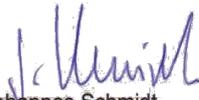
*Zu Punkt 5:* Echte Partizipation von Kindern und Jugendlichen ist ein Kinderrecht. Doch eine Beteiligung von Kindern und Jugendlichen hat in dieser Pandemiezeit bislang nicht stattgefunden. Das muss sich jetzt ändern. Der Kinderschutzbund Niedersachsen hat bereits



im März einen Kinder- und Jugendgipfel gefordert, auf dem Frau Sozialministerin Daniela Behrens und Herr Ministerpräsident Stefan Weil den offenen und fairen Dialog mit jungen Menschen beginnen, deren Ideen ernst nehmen, in die Beratungen aufnehmen und möglichst auch umsetzen.

Wie wenig beteiligt sich Kinder und Jugendliche seit Beginn der Pandemie fühlen, haben verschiedene Studien (etwa die JuCo-Studie, an der auch die Universität Hildesheim beteiligt war) belegt. Junge Menschen haben sich häufig nur als „Schüler“ wahrgenommen gefühlt, nicht als Menschen mit umfassenden Bedürfnissen.

Es hat sich gezeigt, dass in Krisengremien auf sämtlichen föderalen Ebenen Interessenvertreter\*innen von Kindern und Jugendlichen fehlen. Deswegen sind Zuständigkeiten einzurichten, wie etwa Kinderrechte-Beauftragte auf Landes- und Kommunalebene. Diese hätten zum Ziel im Querschnitt von Politik und Verwaltung Kinderrechte aktiv einzubringen, damit diese gerade in Krisenzeiten nicht erneut unter die Räder kommen.

  
Johannes Schmidt  
Vorsitzender